

Kirchenratsrücktritte in Silenen

«Der Pfarrer will keine Kompromisse»

Für die Silener Kirchenrätin Rita Schilter* steht fest: Eine Zusammenarbeit zwischen dem neuen Rat und Pfarrer Josef Stadler ist zum Scheitern verurteilt.

INTERVIEW VON SVEN AREGGER

Rita Schilter, nach fünf Rücktritten kann der Kirchenrat in Silenen neu gebildet werden. Sind Sie glücklich darüber?

Schilter: Einerseits bedaure ich, dass es so weit gekommen ist. Andererseits freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit neuen Leuten.

Weil die Interessengemeinschaft der Eltern nun freie Bahn für die Ämter hat?

Schilter: Wir haben bereits angekündigt, dass sich Marcel Jauch als Präsident und Hermann Epp als Verwalter zur Wahl stellen werden. Ich gehe davon aus, dass sich weitere Personen melden werden, weil der noch amtierende Kirchenrat die Bevölkerung in

seinem Schreiben dazu aufgerufen hat. Die Eltern werden im neuen Rat aber sicher eine Mehrheit bilden.

Doch noch letztes Jahr konnte ein Amt kaum besetzt werden. Wie wollen Sie dieses Problem jetzt lösen?

Schilter: Im vergangenen Jahr hat Pfarrer Josef Stadler sein Ratsamt direkt während der Kirchgemeindeversammlung niedergelegt. Das kam für uns alle überraschend. Wenn wir früher davon gewusst hätten, hätten wir sicher einen Kandidaten gefunden. Ich bin daher zuversichtlich, dass der neue Kirchenrat im Januar handlungsfähig sein wird.

Einige bisherige Kirchenräte gehen, weil sie sich eine Zusammenarbeit mit den IG-Eltern nicht vorstellen können. Sind die Fronten derart verhärtet?

Schilter: Teilweise gingen die Meinungen weit auseinander. Eine weitere Zusammenarbeit wäre sicher schwierig geworden. Der Kirchenrat hat zwar mit dem Pfarrer gesprochen und versuchte Lösungen zu finden.

Doch er konnte sich zu wenig durchsetzen, etwa bei unserem Anliegen,

KONFLIKT

Flugblatt sorgt für Erstaunen

Ein Flugblatt in Silenen hat vergangene Woche für Aufruhr gesorgt. Darin teilt der Kirchenrat mit, dass fünf Mitglieder auf Ende Jahr zurücktreten werden (siehe Ausgabe vom 8. November). Hintergrund ist ein lange andauernder Streit zwischen Pfarrer Josef Stadler und jährlich gegründeten Interessengemeinschaften der Eltern, um die Vorbereitung der Erstkommunion, die nach Ansicht der Eltern vom Pfarr- ins Schulhaus verlegt werden soll. Stadler will das nicht. Wie dieses Jahr wird die Erstkommunion daher auch 2009 in Amsteg stattfinden.

Vertrauen zerstört

Der Kirchenrat sieht sich als Puffer zwischen den beiden Fraktionen. Die Eltern hätten ihm vorgeworfen, zu wenig gegen das Problem zu unternehmen, obwohl er dem Pfarrer keine Vorschriften machen könne. Die Vertrauensbasis zwischen Eltern und Kirchenrat ist offenbar zerstört. Als einziges Mitglied im jetzigen Rat verbleibt Rita Schilter, welche die Interessen der Eltern vertritt. «Das Schreiben hat mich sehr überrascht», sagt sie. «Denn die letzten Konflikte zwischen Kirchenrat und IG liegen ein halbes Jahr zurück.» ars

den Unterricht vom Pfarr- ins Schulhaus zu verlegen. Dabei ist es Sache des Rates, die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Wir Eltern fühlten uns im Regen stehen gelassen. Deshalb begrüsst es die IG, dass uns nun Platz gemacht wird. Allerdings muss man auch anerkennen, dass der Rat seine Verwaltungsarbeit gewissenhaft und korrekt gemacht hat. Und eigentlich liegt der Konflikt zwischen Rat und Eltern nun schon länger zurück. Denn mittlerweile wird das Fach Religion von einem Katecheten im Schulhaus unterrichtet.

Dagegen wurden die Erstkommunikanten weiterhin im Pfarrhaus auf den Weissen Sonntag vorbereitet.

Schilter: Ja, und genau hier ist das Problem. Das Pfarrhaus bietet eine ungenügende und nicht mehr zeitgemässe Infrastruktur. Ausserdem machten sich die Eltern Sorgen um die Sicherheit der Kinder. Wenn der Pfarrer zu einem Notfall oder ans Telefon muss, ist die Klasse unbeaufsichtigt. Das stört die Eltern. Darum bereiten sich die Kinder nun in Amsteg auf die erste Kommunion vor. Und sie feiern auch dort.

Was kann der neue Kirchenrat bewirken?

Schilter: Erst müssen wir abwarten, wer gewählt wird. Dann sollen in einer Ausgeordnetung alle Beteiligten mit einbezogen werden, um die Anliegen zu prüfen. Unsere Hauptaufgabe bleibt

EXPRESS

► Die Interessengemeinschaft der Eltern will Ruhe in die Kirchgemeinde bringen.

► Rita Schilter sagt, dass dabei auch die kirchliche Seite gefordert ist.

die Verwaltung. Ziel ist es aber, wieder Ruhe in unsere Kirchgemeinde zu bringen. Wir wollen zufrieden stellende Bedingungen schaffen, damit die Silener weniger auswärts taufen, firmen oder Erstkommunion feiern. Da liegt es an der kirchlichen Seite, etwas zu tun.

Ist eine Lösung überhaupt möglich?

Schilter: Die Zusammenarbeit dem zwischen Kirchenrat und dem Pfarrer ist zum Vornherein zum Scheitern verurteilt. Herr Stadler ist nicht kompromissfähig. Schade, dass wir Eltern uns in Ämtern aufreiben müssen, um kirchliche Probleme zu lösen. Von kirchlicher Seite sehe ich daher grossen Handlungsbedarf.

HINWEIS

► *Die 32-jährige Silenerin Rita Schilter ist seit einem Jahr im Kirchenrat. Als Mutter von vier Kindern vertritt sie die Anliegen der Interessengemeinschaft der Eltern. ◀



«Wir wollen, dass die Silener weniger auswärts taufen, firmen oder erste Kommunion feiern.»

RITA SCHILTER, KIRCHENRÄTIN

Kirchgemeinde Seedorf

Verwalter wird noch gesucht

jz. An der Kirchgemeindeversammlung vom Donnerstag in Seedorf wurden Präsident Josef Brücker und Vizepräsident Pfarrer Walter Bucher in ihren Ämtern für eine weitere Amtsperiode bestätigt. Weil Alois Bieri nach 8 Jahren nicht mehr weiter im Rat bleiben wollte, konnte der Verwalterposten nicht besetzt werden. Dem Kirchenrat war es nicht gelungen, einen Nachfolger zu finden.

Rechnung 2007 mit Plus

Die Schlussabrechnung der Renovation Pfarrkirche stand mit rund 232 000 Franken zu Buche. Die Spenden und Beiträge machten 153 000 Franken aus, sodass lediglich ein Rest von 79 000 Franken aus dem Fonds entnommen werden musste. Alois Bieri konnte auch eine positive Rechnung 2007 präsentieren. Statt des budgetierten Minus von 1800 Franken weist sie einen Mehrertrag von rund 4200 Franken aus. Der Steuersatz für 2009 wurde auf 88 Prozent festgelegt. Das Budget 2009 rechnet mit einem Fehlbetrag von rund 23 000 Franken. Alle Rechnungen und das Budget wurden einstimmig genehmigt.

Altdorf

CVP beschliesst Nominationen

az. An der Versammlung vom Donnerstag hat die CVP Altdorf die Nominationen zu den Gesamterneuerungswahlen für die Amtsdauer 2009/2010 beschlossen. Es sind dies: Vermittler: Josef Furrer-Gisler (bisher Vizevermittler); Baukommission: Benno Kälin-Achermann, Präsident (bisher); Urs Rieder-Dettling, Mitglied (neu); Rechnungsprüfungskommission: Kristin Arnold Thalman und Gian Bisatz, Mitglieder (bisher); Mitglieder des Urnenbüros: Kurt Arnold-Herger, Priska Gisler-Zraggen, Kurt Gnos, Margret Planzer-Zurfluh, Margrit Zberg-Furrer und Martin Zurfluh-Yimpreeda. Gemeindevorwarterin Christine Widmer informierte über den Voranschlag 2009 sowie über mögliche Folgen der abgelehnten Tarifordnung der Abwasser Uri. Zeitgemässe Abfallkübel sollen im Dorfkern zu mehr Ordnung und Sauberkeit beitragen. Über einen entsprechenden Kreditantrag soll die Gemeindeversammlung befinden. Den zurücktretenden Mitgliedern der Baukommission, Monika Arnold-Lienert, und der Rechnungsprüfungskommission, Jakob Bissig-Kempf, wurde für das engagierte und kompetente Wirken während 8 Amtsjahren gedankt.

KV-Berufsmaturität

Schüler wappnen sich für Zukunft



Eine Lernende einer Urner KV-Berufsmaturitätsklasse präsentiert eine Projektarbeit.

BILD ZVG

Die KV-Berufsmaturität hat sich in Uri etabliert. Die anspruchsvolle Ausbildung wird geschätzt. Interessierte können sich nun informieren.

red. Die KV-Lehre mit Berufsmaturität hat sich im Kanton Uri seit 12 Jahren bewährt. Ein erfolgreicher Abschluss berechtigt zum prüfungsfreien Eintritt in eine Fachhochschule, öffnet die Türen für verschiedene andere Weiterbildungen und bietet sogar die Möglichkeit, über ein Passerellen-Angebot einen Universitätszugang zu erlangen. Die Berufsmaturität ergänzt die praxisorientierte Grundbildung mit einer Vertiefung der wirtschaftlichen, sprachlichen und allgemein bildenden Fächer. Kompetenzen wie vernetztes Denken, selbstständiges Lernen und Arbeiten sowie Ausdrucks- und Teamfähigkeit werden gefördert und tragen damit wesentlich zum beruflichen Erfolg in der Zukunft bei. Bei einem Besuch der Hochschule Luzern erhalten die Ler-

nenden einen Einblick in den Alltag an der Fachhochschule Wirtschaft.

Rasante Veränderungen

Nie zuvor haben sich Technik und Wirtschaft so rasant verändert wie heute. Gleichzeitig war das Bildungsangebot noch nie so ausgeklügelt und vielfältig. Die Zukunft der jungen Menschen hängt von den Entscheidungen in der Gegenwart ab, und dieser Entscheidungsfindungsprozess ist anspruchsvoll. Die Kaufmännische Berufsschule Uri lädt Oberstufenschüler, Eltern und weitere interessierte Erwachsene zu einem Informationsabend über die KV-Lehre mit Berufsmaturität ein. Er findet statt am Mittwoch, 26. November, um 18.15 Uhr an der Attinghauserstrasse 12 in Altdorf.

Lernende schätzen an der KV-Lehre mit Berufsmaturität vor allem die gute Kombination von Schule und Arbeit und dem Umstand, dass sie diese Ausbildung auch in Uri machen können. Sie bewerten die zwei Sprachaufenthalte in einem französisch- respektive englischsprachigen Raum als Förderung ihrer Fachkom-

petenz auf dem Weg zu den angestrebten Sprachdiplomen, als Erweiterung ihrer Selbst- und Sozialkompetenz sowie als Unterstützung ihrer beruflichen und persönlichen Mobilität und Flexibilität. Laut einer Umfrage in der letztjährigen Abschlussklasse wollen sich alle KV-Berufsmaturanten nach ihrem erfolgreichen Abschluss weiterbilden. Fachhochschulen in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus, die Hochschule für Pädagogik sowie weitere Fremdsprachen-Aufenthalte stehen dabei im Zentrum.

Prioritäten setzen

Regelmässiges Lernen ist nach Ansicht der Lernenden unabdingbar, Prioritäten müssen gesetzt werden, Beruf, Schule und Freizeit wollen geplant sein.

Sie sind sich aber bewusst: Wer eine KV-Lehre mit Berufsmaturität erworben hat, erfüllt die Bedingungen für den Eintritt in eine komplexe und anspruchsvolle berufliche Tätigkeit und ist in der Lage, Verantwortung zu übernehmen und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft beizutragen.

Jungfreisinnige Uri

Das Strafgesetz wirft Fragen auf

red. An der Parteiversammlung haben die Jungfreisinnigen Uri kürzlich die Parolen zu den Abstimmungen vom 30. November gefasst. Die Debatte zu den kantonalen Vorlagen war geprägt von einer gewissen Skepsis gegenüber der Polizei. Die Notwendigkeit eines Polizeigesetzes bezweifelte niemand und auch die Ausarbeitung wurde nicht kritisiert. Die Jungfreisinnigen fordern aber restriktive Weisungen zur Umsetzung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen. Sie stimmten knapp Ja zum Polizeigesetz. Bei der Änderung des Strafgesetzes bemängelten die Anwesenden die Informationslage. Der Titel der Vorlage sei irreführend, weil man hinter einer der Änderungen kein Gesetz vermutete, das groben Unfug und öffentliches Pinkeln unter Strafe stelle. Zudem konnten sich die Anwesenden nicht erklären, wie man ein solches Gesetz auslegen soll. «Vieles liegt hier im Ermessen der Polizei und birgt die Gefahr, zu restriktiv in ein attraktives Nachtleben einzugreifen», sind die Jungfreisinnigen überzeugt. Allerdings können sie die Befürworter dieser Änderung, insbesondere die betroffenen Gemeinden, gut verstehen. Die Absicht, den Auswüchsen des Vandalismus Einhalt zu gebieten, sei auch im Sinne der sich anständig verhaltenden Mehrheit der Jugendlichen. Ein Nein wollte daher niemand stimmen, allerdings enthielten sich gleich viele Mitglieder der Stimme wie es Befürworter gab. Es wurde Stimmfreigabe beschlossen. Diskussionslos war das Ja zum Registerharmonisierungsgesetz.

Für vernünftige Hanf-Politik

Auf eidgenössischer Ebene hatte die Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter» bei den Jungfreisinnigen erwartungsgemäss keine Chance. Entsprechend ging es bei der Debatte zu diesem Thema denn auch nicht mehr um den Kern der Sache, sondern vielmehr um die aktive Bekämpfung der Vorlage im Rahmen der Nein-Kampagne, an der auch die Jungfreisinnigen Uri beteiligt sind.

Die Jungfreisinnigen engagieren sich für die Entkriminalisierung von Hanf. Nach Annahme der Initiative sei eine rasche und konsequente Regulierung des Handels mit Cannabis durch den Bundesrat zwingend. Ein klares Ja zum Betäubungsmittelgesetz folgte als Konsequenz aus der Debatte. Zur Volksinitiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern beschlossen die Anwesenden die Nein-Parole, da der indirekte Gegenvorschlag das Anliegen in angemessener Weise umsetze. Die Verbandsbeschwerderechts-Initiative wird von den Jungfreisinnigen befürwortet. Mit der Verhinderungspolitik der Verbände müsse konsequent Schluss sein.